



REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für Gesundheit  
und öffentlicher Dienst  
DR. FRANZ LÖSCHNAK

~~II-1704~~ der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1  
Tel. (0222) 66 15/0  
DVR: 0000019

Zl. 353.260/82-I/6/87

26. August 1987

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Leopold GRATZ

763 IAB

1987 -09- 03

Parlament  
1017 W i e n

zu 80513

Die Abgeordneten zum Nationalrat Probst, Haupt haben am 9. Juli 1987 unter der Nr. 805/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Be-  
trauung von medizinisch-wissenschaftlichen Mitarbeitern im Pharmabereich mit  
dem Verkauf von Arzneimitteln gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

"Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um

- a) die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen zu gewährleisten,
- b) Ärzte vor der Belästigung durch kommerzielle Pharmavertreter so weit wie  
möglich zu bewahren,
- c) die Seriosität in diesem Pharmabereich wiederherzustellen,
- d) den Imageverfall und Informationswertverlust der Pharmareferenten hintan-  
zuhalten."

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage a) und b):

Gemäß § 74 des Arzneimittelgesetzes, BGBl.Nr. 185/1983, dürfen Pharmareferen-  
ten bei Ausübung ihrer Tätigkeit keine Bestellung von Arzneimitteln entgegen-  
nehmen. Diese Bestimmung soll jede kaufmännische Komponente (insbesondere Ab-  
schluß oder Vermittlung von Kaufverträgen) ausschließen.

In der Natur der Tätigkeit des Pharmareferenten liegt es, viele beratende Ein-  
zelgespräche zu führen. Eine laufende behördliche Kontrolle dieser Beratungs-  
gespräche ist naturgemäß nicht durchführbar. Um die Einhaltung der gesetzli-  
chen Bestimmungen in jedem Einzelfall zu gewährleisten, erschiene es zweck-  
mäßig, wenn jene Ärzte, die sich durch kommerzielle Pharmavertreterstätigkeit

- 2 -

belästigt fühlen, mich entsprechend informierten. Die Strafbestimmungen des Arzneimittelgesetzes bieten in diesen Fällen sowohl gegen den Pharmareferenten selbst als auch gegen dessen Auftraggeber eine Handhabe.

Zu Frage c) und d):

Das Arzneimittelgesetz, das 1984 in Kraft getreten ist, sah erstmalig spezifische Vorschriften vor allem auch im Hinblick auf den Ausbildungsstand der Pharmareferenten vor. Im gleichen Jahr wurden durch Verordnung BGBl.Nr. 130/1984 nähere Bestimmungen über die beim Bundeskanzleramt abzulegende Pharmareferentenprüfung erlassen. Ich glaube daher nicht, daß in diesem Zusammenhang von einem Imageverfall gesprochen werden kann. Ganz im Gegenteil ist durch die Schaffung der genannten gesetzlichen Bestimmungen der erste Schritt eines Bewußtseinbildungsprozeß in Richtung einer ausschließlich fachlichen Beratungstätigkeit gesetzt worden.

Die Feststellungen bei den einzelnen Pharmareferentenprüfungen bestätigen dies, da dabei durchwegs ein guter Ausbildungsstand der Kandidaten festgestellt werden konnte.

Frau Dr. B. C.